

REZENSION

Christian Staffler

„Personenbezogene Grundfreiheiten in der EU und ihre Auswirkungen auf ausgewählte Bereiche der Südtirol-Autonomie“

erschienen bei Studia 2011 (ISBN 978-3-902652-36-2, 19 Euro)

Die Südtiroler Autonomie kennt zwei Kategorien von Minderheitenschutzregelungen:

Minderheitenschutzregelungen im engeren Sinn wie Vorschriften zur Verwendung und Erhaltung der Minderheitensprachen und begleitende Minderheitenschutzregelungen in Form einer umfassenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie. Mit der vorliegenden Publikation hat der Autor mit dem Nachweis der Sprachkenntnisse im öffentlichen Dienst und mit Regelungen aus dem Bereich der Raumordnung und des geförderten Wohnbaus Regelungen aus beiden Kategorien einer Analyse hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht unterzogen. In letzterem Fall hat er dabei völliges Neuland betreten, auch im Hinblick darauf, dass es kaum Judikatur des EuGH dazu gibt.

An den Beginn stellt der Autor eine knappe, aber klare und umfassende Darstellung des Systems der Grundfreiheiten. Damit steckt er den Rahmen ab, anhand dessen er die Frage nach der Unionsrechtskompatibilität der untersuchten Normen beantworten wird. Zugleich kann die Darstellung auch dem unmittelbar mit Fragen des Unionsrechts konfrontierten Rechtsanwender, etwa auf Gemeindeebene, ohne weiteres als Handreichung für diesen zentralen Bereich des materiellen Unionsrechts dienen.

In einem weiteren Schritt untersucht der Autor jene landesgesetzlichen Regelungen aus den Bereichen Raumordnung und geförderter Wohnbau, die Berührungspunkte mit dem Unionsrecht aufweisen. Rasch wird klar, dass bei Regelungen, die aus raumordnerischen und sozialpolitischen Gründen Nutzungsbeschränkungen im sozialen Wohnbau oder

den Zugang zu Gewerbebetrieben an Wohnsitz- und Ansässigkeitserfordernisse knüpfen, die Frage nach der Rechtfertigung und der Verhältnismäßigkeit im Fokus jeglicher Entscheidung des regionalen Normsetzers stehen muss. Nur auf diesem Weg kann ein Konflikt mit dem Unionsrecht vermieden werden. Das Buch zeigt damit zugleich auf, dass die Grundfreiheiten des Unionsrechts zentrale sozialpolitische und wirtschaftliche Entscheidungen des autonomen regionalen Gesetzgebers beeinflussen.

Der letzte Teil des Buches widmet sich einer Regelung des Minderheitenschutzes im engeren Sinn, nämlich dem Nachweis der Sprachkenntnisse im öffentlichen Dienst. In diesem Bereich veranlasste ein weit über Südtirol hinaus bedeutendes Urteil in der Rechtssache Angonese (Rs C-281/98) eine Neuregelung im Jahre 2010. Der Autor setzt sich kritisch mit der Novellierung auseinander und zeigt auf, wie schwierig es ist, eine Regelung zu treffen, die einerseits ausreichende Sprachkenntnisse garantiert, andererseits den Anforderungen der Verhältnismäßigkeit entspricht.

Abschließend sei angemerkt, dass die lesenswerte Analyse des Autors einen Anreiz für notwendige weitergehende Überlegungen zu einer unionsrechtskonformen Ausgestaltung zentraler Bereiche des Minderheitenschutzes in Südtirol darstellt. Dass derartige Überlegungen auch über die Südtiroler Grenzen hinaus ihre Bedeutung für regionale und lokale wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen entfalten, liegt wohl auf der Hand.

Ao. Univ.-Prof. Dr. Esther Happacher, Institut für
Italienisches Recht der Universität Innsbruck
esther.happacher@uibk.ac.at